

# **N I E D E R S C H R I F T**

## **über die 35. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses**

vom:	<b>11.09.2002</b>
von:	<b>16:00 Uhr</b>
bis:	<b>21:15 Uhr</b>
Ort:	<b>Rathaus Geisweid Großer Sitzungssaal</b>

### **Anwesend waren:**

#### I. Vom Haupt- und Finanzausschuss:

Bürgermeister Stötzel, Ulf  
Bertelmann, Hans-Günter - ab 16.05 Uhr -  
Boller, Joachim  
Dreisbach, Jürgen - bis 16.40 Uhr, Ende TOP 7 öT -  
Elter, Uwe  
Fries, Traute  
Höpfner-Diezemann, Ute - für Stv Prof. Dr. Holzäpfel, Heinz -  
Katz, Reinhilde - für Stv Dreisbach, Jürgen ab 16.40 Uhr -  
Kirchhöfer, Karl Wilhelm  
Köhl, Siegfried  
Moll, Ilona  
Mues, Gunter  
Mues, Steffen - bis 16.50 Uhr für Stv Schiemer, Hansgeorg, bis 17.05 Uhr -  
Rothenpieler, Wilhelm  
Schiemer, Hansgeorg - ab 16.50 Uhr, während TOP 8 öT -  
Schulte, Werner  
Dr. Stötzel, Wolfgang

#### II. Beratende Mitglieder:

Walter, Klaus-Volker

#### III. Als Zuhörer:

#### IV. Von der Verwaltung:

#### Nicht anwesend war:

Stv Prof. Dr. Holzäpfel, Heinz

**A. ÖFFENTLICHE SITZUNG**

**1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)**

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Boller bestimmt.

**35. HFA 11.09.2002**

**2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 03.08.2002**

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

**35. HFA 11.09.2002**

**3. Fragestunde**

**3.1. Hochwasserkatastrophe**

Herr Bürgermeister Stötzel fasst die Hochwasserereignisse im Stadtgebiet am 28.08.2002 zusammen und spricht allen Helfern seinen Dank aus.

Die Beantwortung der Anfrage durch Herrn Baumeister ist der Niederschrift beigelegt.

**35. HFA 11.09.2002**

**3.2. Wiederbesetzungssperre**

Die Antwort von Herrn Lehmann ist der Niederschrift beigelegt.

**35. HFA 11.09.2002**

#### 4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

##### 4.1. Aussetzung der Wiederbesetzungssperre bei Schwangerschaftsvertretungen und Vertretung für Elternteilzeit

Die Stellungnahme von Herrn Lehmann ist der Niederschrift beigelegt.

Herr Boller formuliert den Antrag dahingehend um, dass der Haupt- und Finanzausschuss den Bürgermeister beauftragt, die Schwangerschaftsvertretung und Vertretungen für die Elternzeit von der Wiederbesetzungssperre auszunehmen. Seiner Ansicht nach liegt hier eine Diskriminierung der Frauen vor. Denen Betroffenen soll eine Rechtsicherheit gegeben werden.

Bisher ist in diesem Zusammenhang ein konkreter Fall bekannt, so Herr Bürgermeister Stötzel. Daher treffen die Aussagen der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN nicht zu. Zudem gilt die angesetzte Wiederbesetzungssperre nur bis zum kommenden Stellenplan.

Herr Gunter Mues weist darauf hin, dass Ausnahmeregelungen vom Bürgermeister nach pflichtgemäßem Ermessen getroffen werden können. Daher wird die CDU-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen.

Auch Herr Kirchhöfer kann bei Zutreffen der Tatsache, dass nur ein Fall vorliegt, dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Bertelmann versteht dies als Grundsatzantrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN. Da eine Schwangerschaft frühzeitig bekannt ist, kann eine geeignete Organisation die entstehenden Lücken füllen. Daher sollte im Einzelfall über die Funktionsfähigkeit in einem betroffenen Bereich nachgedacht werden.

#### **Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen ( 5 Stimmen dafür)**

Damit ist der Antrag abgelehnt.

**35. HFA 11.09.2002**

#### 5. Einwohnerversammlung in den Stadtteilen Kaan-Marienborn/Volnsberg/Feuersbach/Breitenbach Trupbach Seelbach hier: Themenfestlegung

Vorlagenr. 2188/2002

Frau Katz beantragt, die Tagesordnung der Einwohnerversammlung in Trupbach, um den Ausbau der Straßen Falterweg, Libellenweg und In der Parbach zu erweitern.

Herr Kirchhöfer ist der Ansicht, dass die Tagesordnung nicht mehr erweitert werden sollte.

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen stimmt nachfolgenden Tagesordnungen für die Einwohnerversammlung in den Stadtteilen

- ♦ Kaan-Marienborn/Volnsberg/Feuersbach/Breitenbach
- ♦ Trupbach
- ♦ Seelbach

gemäß der Vorlage zu.

Die Tagesordnung der Einwohnerversammlung Trupbach wird um den Punkt „Ausbau der Straßen Falterweg, Libellenweg und In der Parbach“ erweitert.

**♦ Kaan-Marienborn/Volnsberg/Feuersbach/Breitenbach**

Lfd.-Nr.	Tagesordnungspunkt
1.	Dorferneuerung Volnsberg und Feuersbach
2.	Umgehungsstraße Kaan-Marienborn L 719
3.	B-Plan Nr. 311 „Ober dem Feldgarten“
4.	B-Plan Nr. 312 „Weißdornweg“
5.	Wohnbauflächenkonzept
6.	Sanierung Freibad Kaan-Marienborn
7.	Ausbau „Brüderweg“
8.	Wasserbaumaßnahmen „Breitenbach“
9.	Sonstiges

**♦ Trupbach**

Lfd.-Nr.	Tagesordnungspunkt
1.	Truppenübungsplatz (Sachstand)
2.	Dorferneuerungskonzept einschließlich Ortsdurchfahrt/ Verkehrsberuhigung
3.	Wohnbauflächenkonzept
4.	<u>Ausbau der Straßen Falterweg, Libellenweg und In der Parbach</u>
5.	Sonstiges

♦ **Seelbach**

Lfd.-Nr.	Tagesordnungspunkt
1.	Gewerbegebietsplanung Seelbach
2.	Wohnbauflächenkonzept
3.	Neubau „Alte Freudenberger Straße“
4.	B-Plan Nr. 290 „Am Nörchen“
5.	Sonstiges

**Beratungsergebnis: 11 Stimmen dafür, 3 dagegen, 1 Enthaltungen**

**6. Unterrichtung des Rates und der Fachausschüsse  
- Verzeichnis der nicht ausgeführten Beschlüsse (01.07.2001 -  
30.06.2002)**

Vorlagenr. 2160/2002

Herr Kirchhöfer erkundigt sich im Hinblick auf Vorlage 1687/01, wann das Einzelhandelskonzept fortgeschrieben werden soll.

Herr Kühn weist darauf hin, dass ein Gutachten zur Verträglichkeitsüberprüfung der Ansiedlung von IKEA in Auftrag gegeben worden ist. Einige Detailfragen sind allerdings noch zu klären. Bis November kann eine Vorlage diesbezüglich angefertigt werden.

▶▶▶ Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt Kenntnis.

**7. Wirtschaftliches und technologisches Kompetenzprofil der Region  
Siegen-Wittgenstein-Olpe (Teilfortschreibung des regionalen  
Entwicklungskonzeptes - REK)**

Vorlagenr. 2173/2002

Herr Gunter Mues weist auf die geänderte Beschlussempfehlung im Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften hin, wonach der Ausbau der Autobahn A 45 auf durchgehend 6 Spuren und die Entwicklung einer schnellen Zuganbindung in Richtung Frankfurt, Hagen und Köln mit in das Kompetenzprofil aufgenommen werden sollen.

Bei der schnellen Zuganbindung sollte auch die Bahnlinie Richtung Erndtebrück bedacht werden, so Herr Boller. Dem Ausbau der A 45 kann er in Anbetracht dessen, dass erst kürzlich alle Lärmschutzmauern aufgestellt worden sind, nicht zustimmen.

Herr Köhl ist der Meinung, dass auch die kleinen Maßnahmen, wie die Weiterentwicklung der regionalen Holzwirtschaft, gefördert werden müssen.

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss – als Planungsausschuss – beschließt die unter Ziff.3 gemachten Ausführungen als Stellungnahme der Stadt Siegen.

Weiterhin sind zwei zusätzliche Punkte in das Kompetenzprofil aufzunehmen:

- a) Ausbau der Autobahn A 45 auf durchgehend drei Spuren
- b) Schaffung einer schnellen Bahnanbindung in alle Richtungen

**Beratungsergebnis: 13 Stimmen dafür, 1 dagegen, 1 Enthaltungen**

8. **20. Änderung des GEP für den Regierungsbezirk Arnsberg, Teilabschnitt Oberbereich Siegen, Bereich des Gebietes „Heiden- und Magerrasen im TUP Trupbach“;**  
**hier: Stellungnahme zur geplanten Anhörung**

Vorlagennr. 2194/2002

Herr Boller kann der Vorlage nicht zustimmen. Bis heute ist kein Nachweis über den Bedarf an Industrie- und Gewerbeflächen vorgelegt worden.

Herr Bürgermeister Stötzel weist darauf hin, dass mittlerweile aus diversen Gründen Flächen genutzt werden müssen, die nicht als Gewerbefläche vorgesehen waren. Die daraus resultierenden Abwägungsschwierigkeiten verzögern die weitere Entwicklung. Auf Nachfrage von Herrn Boller gibt er zu bedenken, dass der ehemalige Schlachthof unter Denkmalschutz steht. Daher besteht für Privatunternehmer kein Interesse an diesem Gebäude.

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss als Planungsausschuss lehnt die Darstellung des Gebietes „Heiden- und Magerrasen im TUP Trupbach“ als Bereich für den Schutz der Natur (BSN) ab, damit einer endgültigen Entscheidung über die Darstellung der Fläche als GIB (Gewerbe- und Industriebereich) im Zuge des noch nicht abgeschlossenen Verfahrens zur 7. Änderung des GEP nicht vorgegriffen wird.

**Beratungsergebnis: 13 Stimmen dafür, 1 dagegen, 1 Enthaltungen**

**9. Praxisbeispiel Umsetzung Gender Mainstream im Bereich kommunaler Beschäftigungsförderung - regionaler Arbeitsmarktpolitik mit EU- und Landesförderung**  
**- Qualifizierung Verkäuferin in Teilzeit für Frauen im Sozialhilfebezug**

Vorlagennr. 2025/2002

Frau Dellori gibt einen aktuellen Sachstand über die Maßnahme. Demnach hat die Umschulung nach der Orientierung am 02. September begonnen.

Herr Mues hinterfragt kritisch, ob für die Teilnehmerinnen eine dauerhafte Arbeitsstelle gefunden werden kann. Auch die Maßnahmen durch das Arbeitsamt zeigen in dieser Hinsicht oft wenig Erfolg.

Die UWG-Fraktion kann diese Maßnahme nur unterstützen, da jede Möglichkeit zu Arbeitsbeschaffung gefördert werden muss, so Herr Boller.

► ► ► Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**10. Zwischenbericht über den Stand der Umsetzungsmaßnahmen im Bereich der Gebäudereinigung**  
**Entscheidung bezüglich der Fremdvergabe von Reinigungsarbeiten bei kleineren Objekten**  
**Bericht über Sparmaßnahmen im Fachbereich 2, Abteilung 2/1 Service**

Vorlagennr. 1913/2002

Herr Boller sieht in dieser Vorlage einen Abbau der Sozialstandards. Daher plädiert die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN dafür, die Vorschläge der Gleichstellungsbeauftragten bezüglich der freiwilligen Versicherung der städtischen Angestellten aufzunehmen.

Herr Lehmann gibt zu bedenken, dass diese freiwillige Leistung auf Grund der finanziellen Lage der Stadt Siegen nicht erbracht werden kann.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung und der Haupt- und Finanzausschuss nehmen von den Berichten zum Stand der Umsetzungsmaßnahmen im Bereich der Gebäudereinigung sowie zu den im Fachbereich 2/1 weiterhin getroffenen Sparmaßnahmen Kenntnis. Bezüglich der Vergabe von Reinigungsarbeiten an Firmen bei kleineren Objekten stimmt der Haupt- und Finanzausschuss, unter den genannten Bedingungen, dem Vorschlag der Verwaltung zu, auf die Forderung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen zu verzichten.

**Beratungsergebnis: 11 Stimmen dafür, 4 dagegen, 0 Enthaltungen**

**11. Neufassung der Richtlinien der Stadt Siegen zur Förderung des Sports**

Vorlagennr. 2058/2002

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, die Richtlinien der Stadt Siegen für die Förderung des Sports gemäß Vorlage mit folgenden Änderungen entsprechend neu zu fassen:

zu Ziffer 2.21 b): statt der 5.000 € Baukosten wird die Summe **3.000 €** eingesetzt

zu Ziffer 2.25: Der Satz „für die Reihenfolge der Bewilligung...“ wird gestrichen. Statt dessen wird eingefügt: **„Anträge für das laufende Jahr Haushaltsjahr müssen spätestens am 30.09. eingegangen sein“.**

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen****12. Modernisierung der Sportplätze Glückauf-Kampfbahn und Charlottental**

Vorlagennr. 2079/2002

Herr Gunter Mues zitiert aus der Niederschrift des Sport- und Bäderausschusses am 18.07.2002. Dort ist die Verwaltung beauftragt worden, einen finanziellen Vorschlag zu unterbreiten. Dies ist bis heute nicht erfolgt. Positiv ist allerdings zu vermerken, dass weitere Gespräche mit dem Siegener SC zu einem zusätzlichen Sponsoring seitens des Vereines in Höhe von 50 T€ geführt haben. Auch die nicht benötigten Mittel in Höhe von 169 T€ sind lobenswert zu erwähnen. Die CDU-Fraktion spricht sich für die erste Alternative aus. Die Verträge mit dem Siegener SC sind allerdings eindeutig zu formulieren, um Zahlungsschwierigkeiten zu vermeiden. Als Deckungsvorschlag für die fehlenden 100 T€ der ersten Alternative, führt er eine Verschiebung nicht benötigter Mittel für den Ausbau des Leimbachstadions an. Dort stehen nach seiner Kenntnis noch 600 T€ zur Verfügung, die auch in diesem Jahr nicht vollständig verausgabt werden.

Herr Kirchhöfer hat kein Verständnis, dass der Fachbereich im nachhinein die Kosten korrigieren muss, weil ein Außenstehender eine neue Lösungsmöglichkeit in Betracht zieht.

Wie die letzten Starkregenereignisse gezeigt haben, muss auch auf den Sportplätzen einer Überschwemmung entgegengewirkt werden, so Herr Bürgermeister Stötzel.

Herr Brune nimmt Stellung zu den Minderausgaben in Höhe von 169 T€. Dennoch müssen auch dann Sicherheitsvorkehrungen im Bereich der Böschung getroffen werden. Bis zur Ratssitzung am 25.09.2002 wird mit dem Ingenieurbüro noch erörtert, wie einer Überflutung bei Starkregen entgegengewirkt werden kann. Eine komplette Einsparung der 169 T€ ist aber noch nicht abschließend geklärt.



Das Engagement des Vereines ist lobenswert, so Herr Dr. Stötzel. Dennoch muss im Hinblick auf die Zuschüsse eine Kieselrotsanierung noch in diesem Jahr durchgeführt werden.

Der Antrag von Herrn Bertelmann, die Rednerliste zu beenden, wird mehrheitlich abgelehnt.

Herr Schulte weist darauf hin, dass kommenden Dienstag der Arbeitskreis Leimbachstadion erneut zusammentritt, um weitere Ausschreibungen zu beraten. Er rät dringend davon ab, die Mittel für das Leimbachstadions in Anspruch zu nehmen, um keine weitere Ausba verzögerung eintreten zu lassen.

Auch Herr Baumeister führt an, dass er ein echten Deckungsvorschlag benötigt. Spätestens im Jahr 2003 werden die Maßnahmen im Leimbachstadion den Haushalt belasten. Darüber hinaus sind durch die Hochwasserschäden weitere finanzielle Mittel aufzubringen. Aus seiner Sicht ist daher der veranschlagten Variante der Vorzug zu geben.

Herr Gunter Mues macht darauf aufmerksam, dass eine Kostenverschiebung nicht zu Lasten der Maßnahme Leimbachstadion erfolgen soll. Dies sei nur eine Möglichkeit, wenn in diesem Jahr ein vollständiger kostenmäßiger Mittelabgleich nicht erfolgt.

Dennoch bemängelt er, dass immer wieder neue Vorlagen und Ergänzungen erarbeitet werden, die keinerlei Abstimmung in der Verwaltung zeigen.

Herr Bürgermeister Stötzel weist darauf hin, dass gegebenenfalls zur Ratssitzung eine Ergänzungsvorlage erstellt wird.

### **Beschlussvorschlag :**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt für die Sportplätze Glückauf-Kampfbahn und Charlottental wie folgt:

1. Glückauf-Kampfbahn
  - 1.1 Die Kieselrotsanierung wird durchgeführt.
  - 1.2 Das Spielfeld erhält eine Kunstrasenfläche.
  - 1.3 Die Rundlaufbahn erhält einen Tartanbelag. Es werden vier Rundlaufbahnen und an beiden Längsseiten 100-m-Laufbahnen angelegt.
    - 1.4 Die Segmente werden asphaltiert. In ein Segment wird eine Weitsprunganlage mit zwei Anlaufbahnen in Tartanausführung gebaut.

2. Charlottental1. Alternative

Die Kieselrotsanierung wird durchgeführt.

Die Kosten betragen 295.000 €

Das Spielfeld erhält eine Kunstrasenfläche.

Die Kosten betragen 431.000 €

Gesamtkosten **726.000 €**

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**13. Sanierung / Modernisierung der städtischen Warmwasserfreibäder  
Kaan-Marienborn und Geisweid;  
hier: Planungen**

Vorlagennr. 2089/2002

Herr Kirchhöfer ist der Ansicht, die Planungen um ein Jahr zu verschieben.

Herr Gunter Mues vertritt die Auffassung, dass erst das Bäderkonzept beschlossen werden sollte, um eine einheitliche Diskussionsebene zu schaffen. Daher kann die CDU-Fraktion dieser Vorlage nicht zustimmen.

Eine zweite Lesung wird in der nächsten Sitzung des Sport- und Bäderausschusses erfolgen, so Herr Dr. Rohr. Da die betroffenen Bäder im Gutachten unstrittig betrachtet werden und der derzeitige Betrieb durch den schlechten baulichen Zustand gefährdet ist, sollte die Planung vorgezogen werden. Ansonsten können die Bäder erst im Jahr 2004 finanziell eingeplant werden, was irreparable Schäden zur Folge hätte.

Die Herren Boller und Bertelmann können diesen Ausführungen nur zustimmen. Es geht um die Aufrechterhaltung der Siegerer Bäder.

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen als Planungsausschuss beauftragt die Verwaltung,

- a) bis zu den Beratungen des Haushaltes **2003** eine Planung zur Sanierung / Modernisierung des Warmwasserfreibades Kaan-Marienborn einschließlich Kostenübersicht zu erarbeiten,
- b) bis zu den Beratungen des Haushaltes **2004** eine Planung zur Sanierung / Modernisierung des Warmwasserfreibades Geisweid einschließlich

Kostenübersicht zu erstellen und

- c) jeweils die Möglichkeiten einer Gewährung von Zuwendungen zu prüfen.

**Beratungsergebnis: 11 Stimmen dafür, 1 dagegen, 3 Enthaltungen**

**14. Bericht über den Haushaltsvollzug per 31.07.2002**

Vorlagenr. 2165/2002

Herr Baumeister führt aus, dass durch die Starkregensituation am 28.08.2002 ein Schaden in Höhe von ca. 1 Millionen € entstanden ist, der finanziert werden muss. Es besteht die Möglichkeit, einzelne Maßnahmen aus dem Vermögenshaushalt zurückzuhalten. Die bereits diskutierte Sanierung beider Sportplätze wird aber nicht davon betroffen sein.

► ► ► Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**15. Kenntnisnahme und Zustimmung zu den über- und außerplanmäßigen Ausgaben des I. und II. Quartals 2002**

Vorlagenr. 2143/2002

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen nimmt von den über- und außerplanmäßigen Ausgaben des I. und II. Quartals des Haushaltsjahres 2002 Kenntnis, und zwar

im Verwaltungshaushalt (Anlage 1)	131.193,51 €
-----------------------------------	--------------

im Vermögenshaushalt (Anlage 2)	565.436,65 €
---------------------------------	--------------

**Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen**

**16. Entwicklungen zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts  
„Neues Kommunales Finanzmanagement (NKF)“**

Vorlagennr. 2178/2002

Herrn Mues interessiert, wie viele Mitarbeiter zu Umsetzung und Fortschreibung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) eingesetzt werden müssen.

Herr Bürgermeister Stötzel weist darauf hin, dass viele Städte und Gemeinden gerade im Hinblick auf die Regelungen bezüglich der Abschreibungen Bedenken haben.

Herr Baumeister vertritt die Auffassung, dass die Abschreibung anders gehandhabt werden müssen. Ansonsten legt das NKF alle Ressourcen der Verwaltung offen und ist zu begrüßen.

Bezüglich des Personaleinsatzes ist noch keine Aussage möglich, da noch weitere Überlegungen hinsichtlich der Ausbildung, Weiterbildung und Schulung zu treffen sind.

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Ausführungen zum Neuen Kommunalen Finanzmanagement zur Kenntnis.

Er beauftragt die Verwaltung, für interessierte Mitglieder des Rates und seiner Ausschüsse im vierten Quartal 2002 eine Informationsveranstaltung zu organisieren, in der

- die Grundlagen der Reform des Landes NW zur Einführung des NKF
- die Modellkonzeption (Drei-Komponenten-System)
- erste Ergebnisse der Modellkommunen
- der zeitliche Fahrplan zum Gesetzgebungsverfahren des Landes NW

vorgelegt werden sollen.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

17. **I. Bebauungsplan Nr. 247 „Giersberg-Ost“;**  
**hier: - Ergänzung der Verwaltungsvorlage Nr. 1854 / 2002 vom**  
**25.02.2002**  
**- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen**  
**- Teilung des Bebauungsplangebietes in Teil A (östlicher Teil) und Teil**  
**B (westlicher Teil)**  
**- Beschluss des Bebauungsplangebietes Nr. 247 „Giersberg-Ost“ Teil A**  
**als Satzung**

Vorlagennr. 1854/2002 1. Ergänzung

Herr Kirchhöfer erklärt sich für befangen und nimmt an Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Herr Brune weist darauf hin, dass es sich hier um eine Teilkraftsetzung des Bebauungsplanes als Satzung handelt. Teil B bleibt bis zur Urteilsverkündung strittig. Dennoch ist der Wohnungsbedarf zur Stärkung der Innenstadt zu bekräftigen.

Eine Stellungnahme zur Entwässerung gibt Herr Winkel. Die Regenschmutzwasserbehandlungsanlage in Bürbach ist unter Berücksichtigung des Baugebietes „Giersberg Ost“ umgebaut worden. Die Topografie in diesem Bereich ist problematisch, so dass es zu Verschmutzungen kommen konnte. Daher wurde in diesem ein Rückhaltebecken errichtet.

Herr Boller verweist erneut auf die bestehenden Bedenken bezüglich der Klimaveränderung und der Beseitigung des Niederschlagswassers. Das Niederschlagswasser ist über zusätzliche Flächen zu versickern, die hier nicht vorhanden sind. Ein weiteres Problem besteht in der Befahrung des Gebietes durch den ÖPNV. Da die Planstraße 1 nicht durchgängig verläuft, kann hier kein Bus eingesetzt werden.

Auch die Begründung, die vormalig für den gesamten Plan bestand, ist nun auf, den Teil A beschränkt, zu überarbeiten.

Herr Brune erläutert, dass die Untere Wasserbehörde ihre Zustimmung zu diesem Entwässerungssystem gegeben hat, so dass keine weiteren Bedenken bestehen. Auch eine Anbindung an den ÖPNV ist kein Grundzug eines Bebauungsplanes. Zudem sehen die Planungen einen großzügigen Wendehammer vor, der die Befahrung durch einen Bus ermöglicht.

Herr Gunter Mues bemerkt kritisch, dass die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN schon seit Jahren versucht, die Durchsetzung dieses Baugebietes zu verhindern. Auch hier entstehen Kosten, die getragen werden müssen.

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Rat der Stadt Siegen beschließt, die Beschlussvorschläge Ziff. 1.3 und 1.4 der Vorlage Nr. 1854 / 2002 vom 25.02.2002 nicht zu beschließen.
2. Der Rat der Stadt Siegen beschließt, im Anschluss an die Beschlüsse 1.1, 1.2 sowie 1.5 der Vorlage Nr. 1854 / 2002 vom 25.02.2002
  - 2.1 das Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 247 "Giersberg-Ost" in die Teile A (östlicher Teil) und B (westlicher Teil) gemäß Anlage 1 (Lageplan) zu teilen;
  - 2.2 den Bebauungsplan "Giersberg-Ost" Teil A (östlicher Teil) gemäß § 10 Bau-gesetzbuch als Satzung.

**Beratungsergebnis: 13 Stimmen dafür, 1 dagegen, 0 Enthaltungen**

- 18.     Bebauungsplan Nr. 250 „Im Boden“ im Stadtteil Oberschelden;**  
**hier:**
- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
  - Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB
  - Abwägung der Ergebnisse der Bürgerbeteiligung
  - Abwägung der Ergebnisse der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TÖB) sowie die Abstimmung mit den Nachbargemeinden
  - Beschluss des Planentwurfes und seine öffentliche Auslegung
  - Vorstellung des Entwurfes der örtlichen Bauvorschriften im Bereich des Bebauungsplanentwurfes Nr. 250 „Im Boden“

Vorlagennr. 1997/2002

Herr Brune führt aus, dass am heutigen Tage eine erneute Anregung eingegangen ist, die eine Offenlegung dieses Bebauungsplanes nicht zur Ausführung bringen soll. Zur Ratsitzung wird die Verwaltung einen Abwägungsvorschlag präsentieren. Die beantragten Zusatzflächen können als aus dem Flächennutzungsplan (FNP) entwickelt angesehen werden. Diese Auffassung vertritt auch die Bezirksregierung Arnsberg. Daher ist keine Änderung des FNP vorzunehmen und die Bürgerbeteiligung nicht zu wiederholen.

Herr Schulte bemängelt den bisherigen Verlauf der Planung und Durchführung innerhalb der Verwaltung. Daher beantragt er, dem Beschluss des Bauausschusses vom 02.09.2002 zu folgen und für die nördlich „Am Tredenbergl“ gelegenen Flurstücke 15, 193, 194, und 17 den FNP zu ändern mit dem Ziel, dort zukünftig ebenfalls die aus der vorgezogenen Bürgerbeteiligung vorgeschlagenen Wohnbebauung zu ermöglichen.

Die Größe des Baugebietes stehe im Vergleich zu den übrigen Baugebieten in Oberschelden nicht in Relation, so Herr Kirchhöfer. Daher wird die SPD-Fraktion nicht zustimmen.

Herr Bertelmann bittet, dass die Absprache, die mit der Bezirksregierung getroffen

worden ist, schriftlich bis zur Ratssitzung vorgelegt wird. Ansonsten wird er sich dem Vorschlag der CDU-Fraktion mit dem Zusatz, dass der FNP zeitnah durchgesetzt wird, anschließen.

Herr Brune wird versuchen eine Stellungnahme der Bezirksregierung einzuholen. Den Antrag des Herrn Schulte kann er nicht nachvollziehen, da eine Änderung des FNP sehr aufwändig ist.

Herr Bürgermeister Stötzel schlägt vor, mit der Bezirksregierung zu klären, ob eine Beischreibung des FNP in diesem Bereich möglich ist.

Das Ziel ist doch eine Zeitverzögerung zu vermeiden, so Herr Rothenpieler. Wenn die Bezirksregierung keine Einwände in Bezug auf eine Änderung hat, kann der Bebauungsplan so durchgeführt werden.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

1. Gem. § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 250 "Im Bo-den" im Stadtteil Oberschelden. Das Plangebiet (siehe Übersichtsplan Anlage 1 zur Vorlage) wird begrenzt durch die Straße "Am Tredenbergr", die Johannes-Spies-Straße und die freie Landschaft mit der Änderung, dass die nördlich der Straße "Am Tredenbergr" gelegenen Flurstücke 15, 193, 194 und 17 aus dem Plangebiet herausgenommen werden.
2. a) die im Rahmen der Bürgerbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB vorgebrachten Anregungen zu dem vorliegenden Bebauungsplanentwurf Nr. 250 "Im Boden" gemäß den der Vorlage Nr. 1997/2002 als Anlage 5 beigefügten Stellungnahmen 1 - 17 (Abwägung) und  
  
b) die nachträglich vorgebrachten Anregungen zu dem vorliegenden Bebauungsplanentwurf Nr. 250 "Im Boden" gemäß den der Vorlage Nr. 1997/2002 A als Anlage 2 beigefügten Stellungnahmen 1 und 2 (Abwägung) mit der Änderung zu 2, dass die nördlich der Straße "Am Tredenbergr" gelegenen Flurstücke 15, 193, 194 und 17 aus dem Plangebiet herausgenommen werden  
  
zu behandeln;
3. die nachfolgenden Änderungen / Ergänzungen der Begründung zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 250 "Im Boden":

Seite 9

Punkt 8 - Ver- und Entsorgung

Der erste Absatz wird um folgenden Satz ergänzt:

"Die vorhandene 10 kV-Freileitung wird entsprechend der bestehenden Verträge als Erdkabel in die öffentliche Verkehrsfläche umgelegt.

Der dritte Absatz wird wie folgt ergänzt:

Die Trafostation ist im Bereich des Spielplatzes vorgesehen. Eine gesundheitliche Beeinträchtigung durch elektromagnetische Felder für den Menschen (Erwachsene, Kinder) - auch bei dauerhaftem Aufenthalt in unmittelbarer Nähe der Trafostation - ist nicht gegeben.

#### Seite 14

Merkmale der Auswirkung auf die natürlichen Schutzgüter

Der vierte Absatz wird gemäß der Beratung im Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie vom 11.07.2002 wie folgt neu formuliert:

Während die Auswirkungen auf Oberflächengewässer indirekter Natur sind, wird der Grundwasserhaushalt durch die Versiegelung direkt beeinflusst. Das nicht als Brauchwasser verwendete Niederschlagswasser wird in das öffentliche Kanalsystem eingeleitet. Der vorhandenen Untergrund auf den meist stark geneigten Hangflächen ist nicht geeignet, das anfallende Niederschlagswasser in nennenswertem Umfang zu versickern.

4. gem. § 3 Abs. 2 BauGB den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 250 "Im Boden" mit Begründung einschl. Umweltbericht und seine öffentliche Auslegung;
5. der Rat der Stadt Siegen nimmt den Entwurf der örtlichen Bauvorschriften (Anlage 7 zur Vorlage) zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, das Verfahren zur Erlassung der Satzung gem. § 86 BauO NW durchzuführen.
6. Für die nördlich der Straße „Am Tredenbergr“ gelegenen Flurstücke 15,193,194 und 17 wird der Flächennutzungsplan geändert mit dem Ziel, dort ebenfalls die aus der vorgezogenen Bürgerbeteiligung vorgeschlagene Wohnbebauung zu ermöglichen.

**Beratungsergebnis: 11 Stimmen dafür, 2 dagegen, 2 Enthaltungen**

19. **Satzung der Stadt Siegen vom 22.05.2002 über die Aufhebung der Zweckwidmung für den Wirtschaftsweg Gemarkung Volnsberg Flur 1 Flurstück 144 tw.;**  
**Beitrittsbeschluss gem. Verfügung des Landrates des Kreises Siegen-Wittgenstein vom 10.07.2002**

Vorlagennr. 2185/2002

**Beschlussvorschlag:**



Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

§ 2 Buchstabe b der Satzung der Stadt Siegen über die Aufhebung von Festsetzungen für gemeinschaftliche Angelegenheiten im Rezess über die Zusammenlegungssache von Volnsberg vom 12.08.1921 -V. 134- wird durch folgende Sätze ergänzt:

*Das Flurstück 144 verbleibt insgesamt im Eigentum der Stadt Siegen. Die Veräußerung des Grundstückes bedarf der Zustimmung der Kommunalaufsichtsbehörde. Eine städtebauliche Neuordnung und Erschließung, die das Flurstück 144 und die benachbarten Grundstücke insgesamt mit einschließen, bleibt unberührt.*

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

## **20. Haltestellenprogramm**

Vorlagennr. 2093/2002

Herr Bürgermeister Stötzel lobt die mit viel Arbeit verbundene Ausarbeitung der Vorlage.

### **Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss als Planungsausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt den Rahmenantrag Haltestellenprogramm zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt für die Umsetzung der Haltestellenkennzeichnung die Bezirksausschüsse I bis VI, den Verkehrsausschuss und den Bauausschuss entsprechend ihrer Zuständigkeit zu beteiligen.

Für die Haltestellenmodernisierung stellt die Verwaltung ein Jahresbauprogramm auf und legt dieses dem Bauausschuss zu Beschlussfassung vor. Die Bezirksausschüsse und der Verkehrsausschuss sind entsprechend ihrer Zuständigkeit an der Beschlussfassung zu beteiligen.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

## **21. Ausbau der Fludersbachstraße hier: Überplanmäßige Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung - Dringlichkeitsentscheidung -**

Vorlagennr. 2140/2002

Herr Boller vertritt die Ansicht, dass die angedachte Kostenteilung so nicht stehen bleiben kann, da die Zerstörung der Straße durch den in Zuständigkeit des Kreis Siegen-Wittgenstein liegenden Deponiebetrieb und eine ansässige Entsorgungsfirma eingetreten ist. Die Vorfinanzierung der Stadt Siegen und die Heranziehung der Anwohner ist nicht tragbar.

In diesem Bereich müssen gesetzlich KAG Beiträge erhoben werden, so Herr Bürgermeister Stötzel. Ein Ausbau ist zeitlich gesehen dringend notwendig.

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung vom 05.08.2002, in der bei der Haushaltsstelle 1.630.9546.7 – 37, Ausbau Fludersbachstraße, Baukosten – eine zusätzliche Verpflichtungsermächtigung (VE) in Höhe von 650.000 € überplanmäßig gemäß § 84 Abs. 1 GO i. V. m. § 81 Abs. 1 GO bereitzustellen. Die Deckung erfolgt durch die Nichtinanspruchnahme der VE bei der Haushaltsstelle 1.631.9544.5 – 75 Busbereitstellungsplatz Siegen, Baukosten -.

Die durch diese VE sowie die gegenüber der bisherigen Veranschlagung entstehenden Mehrkosten (zusätzlicher Stadtanteil) in 2003 und 2004 werden bei der Fortschreibung des Investitionsprogramms 2002 – 2006 eingeplant.

**Beratungsergebnis: 13 Stimmen dafür, 1 dagegen, 0 Enthaltungen**

**22. Ausbau des Brüderweges, Bauabschnitt III. 1  
hier: Überplanmäßige Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung**

Vorlagennr. 2195/2002

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

Bei der Haushaltsstelle 1.651.9503.5 - 26 K 4, Brüderweg/Oststraße, Baukosten - erfolgt die Bereitstellung einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung (VE) in Höhe von 1.050.000 € gemäß § 84 Abs. 1 GO i. V. m. § 82 GO.

Die Deckung erfolgt durch Nichtinanspruchnahme der VE bei der Haushaltsstelle 1.631.9544.5 - 75 Busbereitstellungsplatz Siegen, Baukosten - in entsprechender Höhe.

Der durch diese VE sowie der gegenüber der bisherigen Veranschlagung entstehende kassenmäßige Mehrbedarf in 2003 wird bei der Fortschreibung des Investitionsprogramms 2002 - 2006 haushaltsverträglich eingeplant.

**Beratungsergebnis: 12 Stimmen dafür, 1 dagegen, 1 Enthaltungen**